

Antrag

Initiator*innen: Aksel Leimbach (KV Stormarn)

Titel: Ehrenamtliche im Bevölkerungsschutz stärken

Antragstext

Einleitung

Ein moderner und krisenfester Bevölkerungsschutz braucht Menschen, die bereit sind, sich einzusetzen – und Strukturen, die dieses Engagement ermöglichen. Zunehmende Extremwetterereignisse, Pandemien und internationale Krisen zeigen, wie stark die Sicherheit unseres Landes vom freiwilligen Engagement abhängt. Doch viele Ehrenamtliche in Feuerwehr, Rettungsdienst und Hilfsorganisationen stoßen an ihre Grenzen: fehlende Freistellungen, mangelnde Anerkennung und unzureichende Absicherung schwächen Motivation und Einsatzbereitschaft. Wir bekennen uns klar zum freiwilligen Engagement als tragende Säule des Bevölkerungsschutzes. Um dieses Engagement zu sichern, braucht es faire Rahmenbedingungen, soziale Anerkennung und moderne Strukturen, die Vereinbarkeit und Resilienz fördern.

Ziele dieses Antrags

Kurzfristig und verbindlich Maßnahmen umsetzen, die das Ehrenamt stärken und den Bevölkerungsschutz auf allen Ebenen zukunftsfest machen.

1. Einheitliche Freistellungsregelungen und Unterstützung durch Arbeitgeber

Viele Ehrenamtliche im Bereich Katastrophenschutz müssen für Einsätze oder Ausbildungen Urlaub nehmen oder auf Einkommen verzichten. Das benachteiligt sie

gegenüber Feuerwehrleuten, für die klare gesetzliche Freistellungsregelungen bestehen. Nur wenn Freiwillige ohne finanzielle Nachteile oder berufliche Konflikte helfen können, bleibt das Ehrenamt attraktiv und zukunftsfähig.

Forderungen:

- Einführung einheitlicher Freistellungsregelungen für alle ehrenamtlich Tätigen im Bevölkerungsschutz und erweiterten Rettungsdienst – analog zur Freiwilligen Feuerwehr.
- Beratungs- und Unterstützungsangebote für Arbeitgeber, um Freistellungen von Einsatzkräften und Auszubildenden zu erleichtern.
- Eine Informationskampagne des Landes soll über Fördermöglichkeiten und Vorteile für Arbeitgeber aufklären, die Ehrenamtliche unterstützen.

2. Infrastruktur für Ausbildung und Einsatz verbessern

Gut ausgebildete und einsatzbereite Kräfte brauchen Orte, an denen sie lernen, trainieren und sich sicher auf Einsätze vorbereiten können. In vielen Landesteilen fehlt es an modernen, barrierefreien Unterkünften und ausreichenden Ausbildungskapazitäten. Zudem müssen Menschen mit Beeinträchtigungen Zugang zum Ehrenamt haben – baulich, organisatorisch und in der Ausbildung. Sie sollten nach ihren Stärken eingesetzt werden und die Vielfalt innerhalb des Bevölkerungsschutzes sinnvoll erweitern.

Forderungen:

- Stärkung und Ausbau der Landesbevölkerungsschutzschule als zentrale Ausbildungsstätte.
- Förderung von Umbauten bestehender Wachen, Unterkünfte und Schulungsstätten, damit alle Menschen gleichberechtigt teilnehmen können.
- Barrierearme Neubauten von Wachen, um die Integration aller ehrenamtlichen Helfer*innen zu ermöglichen.

- Förderung moderner Lernformate (z. B. Online-Kurse, hybride Module), um Ausbildung besser mit Familie und Beruf zu vereinbaren.

3. Vereinbarkeit von Ehrenamt, Familie und Freizeit

Ehrenamtliches Engagement kostet Zeit – oft auf Kosten von Familie oder Freizeit. Eine bessere Vereinbarkeit fördert Motivation, bindet erfahrene Kräfte und öffnet das Ehrenamt für junge Familien.

Forderungen:

- Ausbau der Kinderbetreuung für aktive Einsatzkräfte bei längeren Einsätzen, Übungen oder Lehrgängen.
- Rechtliche Gleichstellung von Kinderbetreuer*innen bei Einsätzen, insbesondere im Hinblick auf Freistellungen.
- Förderung von Ausgleichsregelungen für Freizeit und Erholung, etwa durch freien oder ermäßigten Eintritt in kommunale Einrichtungen.
- Ausbau und Stärkung der Ehrenamtskarte Schleswig-Holstein mit landesweiten Vergünstigungen und größerer Sichtbarkeit.

4. Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) ausbauen

Einsatzkräfte erleben regelmäßig belastende Situationen – von schweren Unfällen bis zu Katastropheneinsätzen. Eine funktionierende psychosoziale Nachsorge schützt die mentale Gesundheit und sichert langfristige Einsatzfähigkeit.

Forderungen:

- Aufbau einheitlicher PSNV-Strukturen auf Landesebene, die organisationsübergreifend und jederzeit abrufbar sind.

- Stärkung der zentralen Landesstelle für PSNV zur besseren Koordination und Vernetzung von Angeboten.
- Sicherstellung, dass PSNV-Teams nach belastenden Einsätzen automatisch einbezogen werden.

5. Finanzielle Anerkennung und Absicherung

Ehrenamtliche leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Gesellschaft – meist ohne finanzielle Anerkennung. Eine solide Absicherung ist Ausdruck von Respekt und hilft, erfahrene Kräfte zu halten.

Forderungen:

- Einsatz für eine bundeseinheitliche Ehrenamtsrente, analog zur sogenannten Feuerwehrrente, für alle langjährig Aktiven im Bevölkerungsschutz.
- Bessere Versicherungs- und Absicherungssysteme für Verletzungen, Einsatzfolgen und psychische Belastungen.
- Steuerliche Begünstigungen für aktive Ehrenamtliche im Bevölkerungsschutz prüfen und ausweiten.

6. Spontanhelfende einbinden und rechtlich absichern

In Katastrophenfällen helfen oft zuerst die Nachbar*innen. Damit Hilfe sicher und wirksam ist, braucht es klare Strukturen, Einweisung und Absicherung.

Forderungen:

- Entwicklung eines landesweiten Konzepts zur Einbindung von Spontanhelfenden, das Registrierung, Versicherungsschutz und Einweisung umfasst.

- Aufbau klarer Anlaufstellen auf Kreis- und Landesebene für die Koordination von Spontanhelfenden.
- Förderung von Bürger*innen-Schulungen in Erster Hilfe, Krisenkompetenz und Nachbarschaftshilfe, um die Eigenresilienz der Bevölkerung zu stärken.

Begründung

Die AG Bevölkerungsschutz, die sich aktuell im Aufbau befindet und noch nicht als Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) anerkannt ist, hat sich in den vergangenen Wochen intensiv mit den Herausforderungen des ehrenamtlichen Engagements im Bevölkerungsschutz beschäftigt. Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist es, praxisnahe und kurzfristig umsetzbare Maßnahmen vorzuschlagen, um die Arbeit der vielen Freiwilligen in Katastrophenschutz, Hilfsorganisationen und Rettungsdiensten zu stärken.

Ehrenamtliche sind das Rückgrat unseres Bevölkerungsschutzes – doch sie stoßen zunehmend an strukturelle, organisatorische und gesellschaftliche Grenzen. Fehlende Freistellungen, unzureichende Anerkennung, mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt sowie psychische Belastungen führen dazu, dass engagierte Menschen aufgeben oder sich gar nicht erst einbringen. Auch bürokratische Hürden und ungleiche Bedingungen zwischen verschiedenen Organisationen erschweren den Einstieg.

Mit diesem Antrag bündelt die AG Bevölkerungsschutz erste konkrete Schritte, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken – durch faire Rahmenbedingungen, einheitliche Freistellungen, bessere Ausbildungsmöglichkeiten, psychosoziale Unterstützung, finanzielle Anerkennung und die Einbindung von Spontanhelfenden.

Besonderes Augenmerk legt die AG auf den Abbau von Barrieren, die den Zugang zum Ehrenamt erschweren – sei es durch mangelnde Barrierefreiheit in Unterkünften und Schulen, fehlende Kinderbetreuung oder unklare rechtliche Strukturen. Wer helfen möchte, soll dies ohne Hindernisse tun können.

Das Ziel ist klar:

- ? Das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz stärken,
- ? die Teilhabe aller Menschen ermöglichen und
- ? den Bevölkerungsschutz insgesamt krisenfester, moderner und menschlicher gestalten.

Dieser Antrag ist damit ein erster, aber wichtiger Schritt, um das Engagement der Vielen zu unterstützen, die täglich Verantwortung übernehmen – für Sicherheit, Zusammenhalt und Solidarität in unserem Land.

Worum geht es?

Deutschland braucht einen starken Schutz für die Bevölkerung.

Das klappt nur mit vielen Menschen.

Diese Menschen brauchen gute Regeln und Unterstützung.

Unser Ziel

Schnelle Maßnahmen umsetzen,

damit Menschen gute Bedingungen haben und der Bevölkerungsschutz stark bleibt.

1. Freistellung durch Arbeitgeber

Problem: Viele Freiwillige müssen Urlaub nehmen oder verlieren Geld beim Helfen.

Lösung: Gleiche Regeln für alle.

Feuerwehrleute bekommen schon Geld bei vielen Einsätzen.

Gleiche Freistellungsregeln für alle – so wie bei der Freiwilligen Feuerwehr.

Das Land informiert und berät Arbeitgeber.

2. Bessere Ausbildung und Gebäude

Problem: Es fehlen Plätze für Ausbildung.

Viele Gebäude sind nicht barrierefrei.

Lösung:

Die Landes-Schule für Bevölkerungsschutz ausbauen.

Wachen und Schulungsräume barrierefrei umbauen.

Neue Gebäude barrierefrei planen.

Mehr Online- und Hybrid-Kurse.

3. Familie und Ehrenamt vereinbaren

Problem: Helfen kostet Zeit.

Kinderbetreuung fehlt oft.

Lösung: Kinderbetreuung bei Einsätzen und Lehrgängen.

Betreuende rechtlich gleichstellen.

Mehr Anerkennung.

Kostenlose Angebote für Helfer*innen über die Ehrenamtskarte und günstigen Eintritt in Bäder oder andere Einrichtungen.

4. Hilfe für die Psyche (PSNV)

PSNV bedeutet: psychosoziale Notfallversorgung – also Hilfe für die Seele.

Problem: Einsätze können sehr belasten.

Lösung:

Einheitliche Regeln für Nachsorge.

Eine starke Landesstelle und automatische Angebote nach schweren Einsätzen.

5. Geld und Sicherheit

Problem: Viele leisten viel – bekommen aber kaum Anerkennung.

Lösung: Eine Ehrenamtsrente vom Land (wie bei der Feuerwehr).

Bessere Versicherungen bei Verletzungen oder psychischen Folgen.

Steuervorteile prüfen.

6. Spontanhelfende sicher einbinden

Problem: Viele Menschen wollen in Katastrophen helfen, wissen aber nicht wie – und sind nicht abgesichert.

Lösung:

Landesweite Regeln und Informationen.

Feste Anlaufstellen in Kreis und Land.

Schulungen für Bürger*innen in Erster Hilfe und Krisenhilfe.

Warum das wichtig ist

Freiwillige halten unseren Bevölkerungsschutz am Laufen.

Klare Regeln, gute Ausbildung, Hilfe für die Psyche und echte Anerkennung sorgen dafür, dass Menschen weiter mitmachen – und neue dazukommen.

So bleibt unser Land im Notfall handlungsfähig.

Unterstützer*innen

Alexander Winizki (KV Stormarn), Vera Hanel (KV Stormarn), Alexander Harder (KV Stormarn), Thomas Grabau (KV Pinneberg), Malte Harlapp (KV Stormarn), Mathias Schmitz (KV Pinneberg), Jan Von Fragstein (KV Flensburg), Carsten Nielsen (KV Flensburg), Regina Flesken (KV Pinneberg), Kai Bretall (KV Pinneberg), Sabine Schaefer-Maniezki (KV Pinneberg), Sven Dinglinger (KV Pinneberg), Ann Christin Hahn (KV Pinneberg), Christoph Fischer (KV Segeberg), Angela Tsagkalidis (KV Stormarn), Susanne von Soden-Stahl (KV Pinneberg), Fabian Osbahr (KV Segeberg), Anne Muth (KV Stormarn), Detlef Ziemann (KV Stormarn), Philipp Schmagold (KV Plön), Nadine Mai (KV Pinneberg), Zoé Engel (KV Lübeck), Sascha Werth (KV Rendsburg-Eckernförde), Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde), Annika Stahlhut (KV Stormarn), Anita Davidse (KV Herzogtum Lauenburg), Jessica Leutert (KV Kiel), Katrin Stange (KV Pinneberg), Henning In den Birken (KV Pinneberg), Dirk Kock-Rohwer (KV Plön), Oliver Lorentzen (KV Pinneberg), Karsten Ellmenreich (KV Neumünster)